

„die darmstädter studentenzeitung“ erscheint zwölfmal im Jahr (vierzehntägig im Semester). Herausgeber und Verleger: Studentenschaft der TH Darmstadt (Körperschaft des öffentlichen Rechts), 61 Darmstadt, Hochschulstraße 1, Tel. 16 25 17. Verantwortlich: G. Lichtenheld. Verkaufspreis: DM 0,40, Hochschulangehörige DM 0,10; Jahresabonnement incl. Postzeitungsversand DM 6,00, (Ausland DM 7,70)

die darmstädter studentenzeitung

Anzeigen: Jan Kettmann, 61 Darmstadt, Rheinstraße 67, Tel. 8 55 43. Konto: Dresdner Bank Darmstadt 31240. Satz und Druck: Ph. Reinheimer, Darmstadt. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit Genehmigung der Redaktion.

DM -40
Studenten DM-10
12. 6. 1969
1F 2824 E

Termine:

Do 12. 6. — 16.00 Uhr
VOLLVERSAMMLUNG MB
Saal 11/283

Do 12. 6. — 19.30 Uhr
TEACH-IN über den ISK
Mensa-Café

Do 12. 6. — 20.00 Uhr
TEACH-IN über weitere
Maßnahmen gegen das HUG
Gr. ET-Hörsaal

Mi 18. 6. — 18.15 Uhr
GROSSER SENAT
Gr. ET-Hörsaal
(Jeden Mittwoch Sitzung
des Großen Senats!)

Fr 20. 6. — 11.00 Uhr
FAKULTÄTSSITZUNG M/Ph
Saal 11/100

Di 24. 6. — 17.00 Uhr
FAKULTÄTSSITZUNG MB
Saal 11/100

zu erwarten waren, falls die TH beim völligen Aufnahmestop bleiben sollte. Andererseits wurden der TH 1,5 Mio DM für dieses Jahr und 3 Mio DM für das nächste in Aussicht gestellt, wenn die TH klein beigab. Unter dem ungeheuren Zeitdruck — wenn das Geld überhaupt noch sinnvoll sein sollte, mußte es sofort kommen, damit den anzustellenden Assistenten rechtzeitig Zusagen gemacht werden konnten — bat das Direktorium den Senat, ihm neue Direktiven zu geben. Aus der begründeten Angst, der Kultusminister werde der TH einfach den von ihr abgelehnten numerus clausus aufzwingen, schlugen die Rektoren vor, dem Land einen gemilderten Aufnahmestop im Austausch für das Geld anzubieten. Konrektor Beck dachte an eine ebenfalls demonstrative Ausnahmeregelung: Nicht betroffen von der Sperre sollten die Leute vom Zweiten Bildungsweg, die Gymnasial- und die Gewerbelehrer (die politisch inzwischen auch aktuell geworden sind) sein.

An Zahlen nannte er etwa 560 feste Zusagen (ausländische Studienanfänger, Bundeswehrabgänger mit verkürztem Wehrdienst, ins 1. Semester rückgestufte E-Techniker usw.) und etwa 210 Studienanfänger des von ihm vorgeschlagenen Kreises. Alle Zahlen mußten mit einem großen Unsicherheitsfaktor versehen werden. Außerdem glaubten die Rektoren, die Sperre für die Architekturfakultät nicht vertreten zu können (etwa 80 Anfänger). Der Senat sah seine erste Entscheidung, die auch durch die neuen Zahlen nicht erschüttert wurde, mit Recht gefährdet und lehnte eine Revision nur auf die vagen Andeutungen des Kultusministeriums hin ab. Erstmals waren sich im Senat Professoren, Assistenten und Studenten in einer wichtigen Angelegenheit einig. Es wurde abgelehnt, sich in dem Kuhhandel unzureichende Hilfen zu ermauscheln, die an der grundsätzlichen Misere nichts ändern, sondern im Gegenteil eine echte Sanierung auf längere Zeit unmöglich machen würden. Den Rektoren wurden nur die Leute des Zweiten Bildungsweges als „Verhandlungsspielraum“ zugestanden.

Am vergangenen Montag schließlich verhandelte das Direktorium nochmals in Wiesbaden, diesmal auch mit Finanzminister Osswald. Dukaten-Ossi öffnete endgültig seinen Geldsack und warf den hessischen Hochschulen insgesamt 5,2 Mio DM in den Rachen. Darmstadt kam relativ am besten weg und erhielt, gemessen an den Studentenzahlen, am meisten, nämlich 1,4 Mio DM. In der Diskussion wurde klargestellt, daß diese Summe für den Rest dieses Jahres lediglich eine einmalige Spritze zur Behebung der ärgsten Notstände sein kann. Die Personalstellen (Assistenten), die von dem Notgroschen bezahlt werden, übernimmt das Land in den Nachtragshaushalt 1970. Darüberhinaus wurde vom Finanzministerium zugesagt, daß im nächsten Jahr mehr Geld zur langfristigen Investition zur Verfügung stehen wird, allerdings nur in Verbindung mit einer genauen Struktur- und Bildungsplanung. Dazu soll schon jetzt das im Hochschulgesetz vorgesehene Landeshochschulkuratorium gebildet werden, in dem neben Ministerialbeamten alle Gruppen der Hochschule vertreten sein sollen.

Der Darmstädter Aufnahmestop hat nun — nach der überaus generösen Zuteilung des Finanzministers — wenig Aussicht auf Genehmigung durch das Kultusministerium. Es sei nicht eine generelle Überlastung der Hochschulen festzustellen, es handele sich vielmehr um spezifische Engpässe bei wenigen Fakultäten: so die Argumente des Ministeriums. Der Kleine Senat wird also aus politischen Gründen die Hochschule durch Zulassung weiterer Sondergruppen ein bißchen weiter aufmachen müssen.

Eines hat das Geschrei um den Aufnahmestop jedenfalls erreicht: Man ist in Wiesbaden jetzt wenigstens bereit, die Finanzprobleme der Hochschulen zur Kenntnis zu nehmen. Ob sie allerdings auch zu ihrer Zufriedenheit gelöst werden, müssen die Haushaltsentwürfe der nächsten Jahre zeigen.

MANÖVERKRITIK

Der viertägige Streik der Studentenschaft ist gelaufen, vorbei — und er ist überraschend gut gelaufen, wenn man ihn nicht an der Arbeit des Streikrates mißt. Was im von der Vollversammlung eingesetzten Streikrat vor sich ging, kann kaum noch als „Einübung von Widerstand“ bewertet werden; man schien vielmehr darauf aus zu sein, alle nur möglichen Fehler der Reihe nach durchzuspielen, um sie künftigen Streikrategenerationen zu ersparen.

Am Eifer, am blinden, hat es nicht gefehlt. Da stürzten sich die frischgebackenen Streikräte sofort in emsige Detailarbeit, fatalerweise nur alle in die gleiche, nämlich festzulegen, in welche Vorlesung man am nächsten Morgen gehen wolle, um die Kommilitonen aufzuklären. Die anderen Probleme wie Plakate, Flugblätter, Streikzeitung, Öffentlichkeitsarbeit sollten anschließend bewältigt werden. Da wurde kein Aufgabenkatalog erstellt, keine Arbeit wurde verteilt.

So kam es, daß den verdutzten Kommilitonen am nächsten Morgen statt eines informierenden Flugblatts ein Veranstaltungsprogramm der Arbeitsgruppen ohne jede Einleitung in die Hand gedrückt werden mußte, die Streikzeitung schließlich von der -dds-geschrieben wurde und die Architekten auf eigene Faust Plakate produzieren und verkleben mußten.

Am Mittwoch nachmittag war der Eifer schon erschlappt, die Streikräte müde und übernächtigt. Die Streikzentrale war fast ausgestorben, einen organisierten Anwesenheits- oder Nachrichtendienst gab es nicht. Wer anwesend war, wußte nicht, was die planten, die den Raum gerade verlassen hatten. Informationen wurden nicht gesammelt. Viele der Streikräte saßen in den Teach-Ins und Arbeitsgruppen, später im Großen Senat. So kamen der Aufruf zu den Vorlesungs-go-ins und das Flugblatt an die Streikbrecher praktisch durch Privatinitiative anderer Kommilitonen und ohne Wissen des Streikrates zustande. Glücklicherweise verselbständigte sich der Streik in den weiteren Tagen derart, daß der größte Teil der Vorlesungen, Übungen und Praktika entweder von vornherein abgesagt oder auf leichten Anstoß hin boykottiert wurde. Für künftige Streikaktionen muß daraus gefolgert werden:

- Ohne Arbeitsteilung und Planung geht es nicht; die Aufgaben müssen besprochen und verteilt werden.
- 20 Mann allein können keine Hochschule lahmlegen, alle Streikwilligen müssen angesprochen und zu Vorlesungs-go-ins und -Diskussionen, vor allem in ihren eigenen Vorlesungen, herangezogen werden.
- Die Streikzentrale muß Nachrichten wirklich sammeln (und nicht nur entgegennehmen), damit sie allen zugänglich sind, dazu muß sie ständig durch dazu eingeteilte Leute besetzt sein.
- Der Streikrat muß zu festen Terminen tagen, und das mehr als einmal täglich.
- Die Öffentlichkeitsarbeit schließlich muß intensiviert werden, damit die Studentenschaft nicht weiterhin ohne Rückendeckung dasteht.

Das Gelingen des Streikes darf über die Notwendigkeit dieser Forderungen nicht hinwegtäuschen, er fand unter besonders günstigen Bedingungen statt (Pfingstpause, Sympathie der meisten Assistenten und einiger Professoren). In Zukunft wird es härter zugehen.

AUFNAHMESTOP GESTOPPT

Darmstädter Aufnahmestop schockt Landespolitiker

Als die Fakultät Elektrotechnik für das kommende Wintersemester die Zulassungssperre für Erstsemester beschloß, als die Fakultät Mathematik/Physik ebenfalls den Aufnahmestop beschloß — davon waren alle Fakultäten betroffen, weil die TH-Studenten bis auf wenige Ausnahmen Mathematik, Physik und Mechanik hören müssen —, zeigte sich keine Reaktion, auch nicht, nachdem die Beschlüsse veröffentlicht waren. Bereits vor einem Jahr hatten angesichts der stark gestiegenen Studentenzahlen vor allem die ET-Assistenten einen Aufnahmestop gefordert, um die unerträglich gewordenen Studienbedingungen zu ändern, waren aber in den Beschlußgremien der Hochschule damit nicht durchgekommen. Und das im Februar angekurbelte Dringlichkeitsprogramm für die hessischen Hochschulen hatte bewiesen, daß das Kultusministerium wußte, wie es an den Hochschulen aussah.

Nachdem die Hochschulen ihre Forderungen angemeldet hatten, machte Kultusminister Schütte einen

den Eindruck zu vermeiden, daß mit 1,5 Mill. DM die drohende und zum Teil schon eingetretene Katastrophe an der Technischen Hochschule Darmstadt verhindert werden könnte. Der Ernst der Situation zwingt jedoch die Hochschule, zu dieser äußersten Maßnahmen nicht zu greifen. Der Verwaltungsrat betonte aber nochmals ausdrücklich, daß eine Zuschußgewährung in Höhe von 1,5 Mill. DM die Bezeichnung „Dringlichkeitsprogramm“ nicht verdient, und hält nach wie vor an der Bereitstellung der im März angeforderten 8 Mill. DM fest.

Unbeirrt beantwortete die Kultusstaatssekretärin Hamm-Brücher eine Anfrage im Landtag, die Hochschulen hätten ganz genau gewußt, wieviel Geld mit dem Dringlichkeitsprogramm bereitgestellt werden sollte — was schlicht unwahr ist: in dem Dringlichkeits-Erlaß vom 5. Februar wurde nicht der geringste konkrete Hinweis auf die mögliche Höhe der Summe gegeben; selbst der Finanzminister wußte ja von nichts. Außerdem seien die Hochschulen

völlige Aufnahmestop für vorerst ein Jahr. Ausgenommen von dem Beschluß wurden Studienbewerber, denen bereits feste Zusagen gemacht worden waren, und Studenten von anderen Hochschulen, die also in höhere Semester einsteigen. Der Senat stellte eindeutig klar, daß die TH nicht mehr fähig und bereit ist, die Versäumnisse des Landes zu decken: Die Steigerung der Studentenzahlen geht überwiegend auf hessische Bewerber zurück. Der Senat lehnte es ab, sich auf untragbare Kompromisse einzulassen, und weigerte sich deshalb auch, einen wie auch immer gearteten numerus clausus nur zu erwägen, um nicht die verfassungswidrige Finanzausstattung durch das Land mit einer ebenso ungerechten wie nichts ändernden Lösung durch die Hochschule auch noch zu bestätigen.

Der für bundesdeutsche Hochschulen einmalige Senatsbeschuß zeigte endlich Wirkung. Das Kultusministerium, das Zulassungsbeschränkungen genehmigen muß, versprach konsterniert eine genaueste Überprüfung, ließ aber von Anfang an erkennen, daß es den Senatsbeschuß in dieser Form nicht bestätigen werde. Landtagsabgeordnete schalteten sich ein, Darmstädter Abiturienten und der Landesschulsprecher äußerten sich mit Verständnis für die TH-Entscheidung und Vorwürfen gegen den Kultusminister, der Landeselternbeirat verstand überhaupt nichts mehr. Während einer Sitzungspause im Landtag, der gerade (ausgerechnet!) das HUG in 1. Lesung behandelte, sagte Kultusminister Schütte zu Journalisten, die Darmstädter Zulassungssperre verstoße gegen den Artikel 12 des Grundgesetzes (freie Wahl der Ausbildungsstätte) und sei damit grundgesetzwidrig. Es war ein fast schon komischer Hinweis, denn in Schüttes HUG wird erstmals in einem bundesdeutschen Gesetz die Zulassungsbeschränkung rechtlich sanktioniert. Im Landtag redet Schütte selbstverständlich anders.

An der TH fand das neue reformwillige Direktorium keine Zeit, sich in der Hochschule selbst, etwa bei der Satzungsrevision, zu engagieren, obwohl ihm das sicher gelegen hätte. Unermüdlisch suchte es die Akten durch (der Senatsbeschuß war denkbar schlecht vorbereitet, was sich aus der Einmaligkeit nur zum Teil erklärt), um mit immer neuen Zahlen dem Kultusministerium belegen zu können, wie berechtigt der Senatsbeschuß war.

Die Rektoren mußten bei den ersten Verhandlungen in Wiesbaden zur Kenntnis nehmen, daß nicht einmal die 1,5 Mio DM des zusammengestrichenen Dringlichkeitsprogramms

selbst schuld, wenn sich das Programm nun um ein Semester verzögere. Die Darmstädter Anforderungen nannte sie, Empörung in der Stimme, eine Wunschliste an den Weihnachtsmann, aber kein Dringlichkeitsprogramm. Recht hatte die wackere Dame insofern, als im Kultusministerium offenbar nur Weihnachtsmänner sitzen — weit weg von der Wirklichkeit, in einer Traumwelt lebend.

Die Fakultätsbeschlüsse zur Aufnahmestop mußten vom kleinen Senat bestätigt werden. Angesichts der vorgelegten Zahlen und der Unverschämtheit des Landes machte der Senat nach ausführlicher Debatte kurzen Prozeß und beschloß eine



Rückzug. Die eingereichten Forderungen beliefen sich auf insgesamt 43 Mio DM, Schütte nannte nun einen Betrag von 4 bis 6 Mio DM: Der Finanzminister war noch nicht einmal gefragt worden.

Das Darmstädter Notprogramm wurde von 8 auf 1,5 Mio DM gekürzt. Resigniert schrieb Kanzler Wilke an den Kultusminister:

„... Der Verwaltungsrat (der THD) hat ernstlich erwogen, das an die Hochschule gestellte Ansinnen, eine neue Dringlichkeitsliste im Umfang von 1,5 Mill. DM vorzulegen, abzulehnen, um bei der Landesregierung, im Parlament und in der Öffentlichkeit unter allen Umständen

STREIKPRAXIS

Beginn

Der Streik beginnt pünktlich, Mittwoch morgen, 7.15 Uhr. Nur ein Drittel der Hörer, die sonst um diese Zeit den Großen ET-Saal füllen, ist erschienen. Der Rest hat die Aufforderung zum aktiven Streik falsch verstanden und ist daheim im Bett geblieben.

ET-Professor Bosse betritt den Saal. Ein paar Studenten verwickeln ihn, noch bevor er eine Abstimmung: „Vorlesung oder Streik?“ durchsetzen kann, in eine Diskussion über HUG, Hochschulmisere, Ordnungsrecht. Als nach einer Dreiviertelstunde doch noch eine Abstimmung stattfindet, sind die Zuhörer

Tage stattfindet...“, so FS-Leiter v. Ohlshausen.

Über kurz oder lang kommt es zur Abstimmung: Wer ist für Vorlesung? Wer ist für Streik? Und wehe, wenn die Streikwilligen erklären, sie würden das Abstimmungsergebnis ignorieren, für sie sei der Beschluß der Vollversammlung der Studentenschaft bindend: dann schwappt eine Woge der Entrüstung über die Un-Demokraten.

Am demokratischsten erweist sich hier ein Elektrotechnikstudent, der sich gegen den Streikbeschluß mit den Worten wehrt: „Zur Demokratie gehört es, die Minderheit auch zu ihrem Recht kommen zu lassen.“ Den Hinweis, daß dieser Streik von einer Minderheit (2000 von 7000 Studenten) beschlossen worden sei, kommentiert er mit einem triumphierenden: „Ach, und da wollen Sie die Mehrheit zwingen, sich an diesen Beschluß zu halten?“

Die meisten Professoren geben sich neutral. Kaum einer, der sich wie Chemie-Witte hinter beamtenrechtlichen Bestimmungen verschanzt, die es ihm nicht erlaubten, Vorlesung sein zu lassen und über das HUG zu diskutieren. Sie halten sich aus der Diskussion über den Streik heraus und betonen, daß die Studenten „ihre Sache“ unter sich abmachen müßten. Daß es auch ihre Sache ist, wenn die Landesregierung über das HUG in die Hochschule hineinpfeuschen will, nehmen sie geflissentlich nicht zur Kenntnis. Dazu ein ET-Professor: „Im Laufe der Jahre bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß meine Kollegen tatsächlich, wie man es ihnen immer wieder vorwirft, Fachidioten sind. Alle anderen Gruppen haben ihre Lobby. Die Professoren werden Sie nie dazu bewegen, ihre Interessen gemeinsam zu vertreten. Das ist eine Gruppe von Individualisten — die unter einen Hut zu bringen, ist ein Ding der Unmöglichkeit.“

Er selbst will freilich — ungeachtet seiner revolutionären Reden — auch nicht unter diesen Hut. Eine geschlagene Viertelstunde dauert es, bis er sich dazu bereit erklärt, die Hälfte seiner Vorlesungszeit für eine Diskussion zur Verfügung zu stellen.

Arbeitskreise: Licht und Schatten

Wer gefürchtet hatte, der Streik werde sich darin erschöpfen, allen Studenten verlängerte Pflingstferien zu verschaffen, (bis auf die unvermeidlichen Funktionäre natürlich), wurde überrascht: nicht nur unermüdete SDS-Aktivistinnen und AStA-Leute trugen die Aktionen während der Streiktage, sondern auch eine erhebliche Anzahl „Mausgrauer“. Das zeigte sich besonders in den Arbeitskreisen, die unter der Leitung altgedienter Studentensprecher eingerichtet wurden. Da waren die Alleswisser plötzlich allein (die Genossen waren gerade eine Vorlesung sprengen) mit zwanzig oder dreißig Studenten, die für drei Tage dem Druck der Vorlesungen, Übungen und Praktika entronnen waren und sich endlich mal selbst mit den Fragen beschäftigen konnten, von denen sie zwar schon manches gehört, aber wenig verstanden hatten. Daß diese Leute aber von ihren eigenen Erfahrungen ausgehend die Probleme behandelten, konnten die geschulten Funktionäre nicht verstehen: so wurden im Arbeitskreis „Prüfungen“ spontane Erlebnisberichte aus Prüfungen abgewürgt, obwohl diese die Notwendigkeit einer Veränderung am besten hätten belegen können.

Erfeulich war das Selbstbewußtsein der meisten „unorganisierten“ Arbeitskreisteilnehmer. Es entwickelte sich rasch ein Gespräch, weil die Angst vor Blamage relativ leicht zu überwinden war (kleine Gruppen, etwa gleicher Informationsstand bei den meisten). Zwar verharrten die Zuhörer noch in Konsumentenhaltung und lauschten andächtig den Reden ihrer Exponenten, die jedoch bald als das verwendet wurden, was sie eigentlich sein sollten: als Informationsträger und nicht als Vor-Entscheider. In besonders günstigen Situationen (wo sowenig unverständliche Phrasen gedroschen wurden, daß jeder mitreden konnte) wurden die vorn sitzenden Funktionäre praktisch überflüssig.

Allerdings zeigte sich ebenfalls, wie auch „normale Studenten“ durch wissenschaftliches Gerede verdorben werden können: Im Arbeitskreis „Studienorganisation“ wurde einen ganzen Nachmittag lang über Ödipuskomplex, Gruppendynamik und Abstilltrauma gesprochen, wobei sich ein autoritärer Fachmann stark in den Vordergrund spielte. Die Zuhörer fanden das wahnsinnig interessant, weil diese Dinge neu für sie waren, und käuten das ganze unverdaute Zeug am nächsten Tag wie-

der, als der „Psychologe“ nicht mehr da war. Da ging es um Fragen des Gruppenstudiums, und der überwiegende Teil der Diskussion bestand auf einer psychologisierenden Analyse von Extremfällen, die so gut wie gar nicht auftraten.

Den Wert der Streikseminare kann man erst dann beurteilen, wenn die Arbeit fortgeführt worden ist und Ergebnisse gezeigt hat, nicht in

REISEBÜRO DARMSTADT
SULZMANN + MÜLLER
Luisenplatz 1
Telefon: 7 03 21 u. 7 72 82
IN BENSHEIM: BAHNHOFSTRASSE 14 • TEL. 04251/2291

Form von papers (die werden gelesen, für gut befunden und weggelegt), sondern in Form von konkreten Veränderungen.

Übrigens: Arbeitsgruppen, die sich mit Hochschuldidaktik, Studienorganisation und Prüfungsfragen beschäftigen, können mit ideeller und finanzieller Hilfe des Direktors und sogar des Kleinen Senats rechnen, der die Fakultäten aufgefordert hat, bis zum 30. Juni Vorstellungen zu den angeführten Themen zu entwickeln.

Grafsproben - Planis - Berlin

Wellauer's English Blend ist reich an natürlichen Wirkstoffen: Myrte, Pfeffer, Tabak, Zedernholz, Cardamom, eine klassische englische Mischung

ENGLISH BLEND

WELLAUER

3.50 DM

ST. GALLEN - Deutsche Lizenz

auf den Geschmack gekommen; die Mehrheit spricht sich für eine Fortsetzung der Diskussion aus. Bosse macht ein säuerliches Gesicht und diskutiert weiter.

In den anderen Vorlesungen läuft es nicht immer so glatt. Streikunwillige gibt es genug, es fehlt an Kommilitonen, die diese — wie eigentlich geplant — mit Argumenten bearbeiten und ihre Gleichgültigkeit durchbrechen könnten. „Sie können ja ruhig streiken, aber lassen Sie uns doch in Ruhe!“ heißt es immer wieder. Oder naiver: „Ich bin auch für Streik, aber diese eine Vorlesung... wo sie ohnehin nur alle vierzehn

Freiburger Raritäten

Zweiter Streiktag, 10 Uhr morgens. Der Streikrat im Hauptgebäude macht einen abgeschlafften Eindruck. Das Telefon ist gestört. „Sabotageakt vom Kanzler“, vermutet einer.

Einer beschriftet Flugblätter — fünfzigmal mit dem Filzstift: HEUTE — und fachsimpelt dabei: „Man darf nicht zu früh aufgeben, wenn man eine Vorlesung sprengen will. Man muß die Leute solange ärgern, bis sie anfangen zu toben. Dann gibt es plötzlich eine Kippreaktion und sie fangen an, mit einem zu diskutieren.“

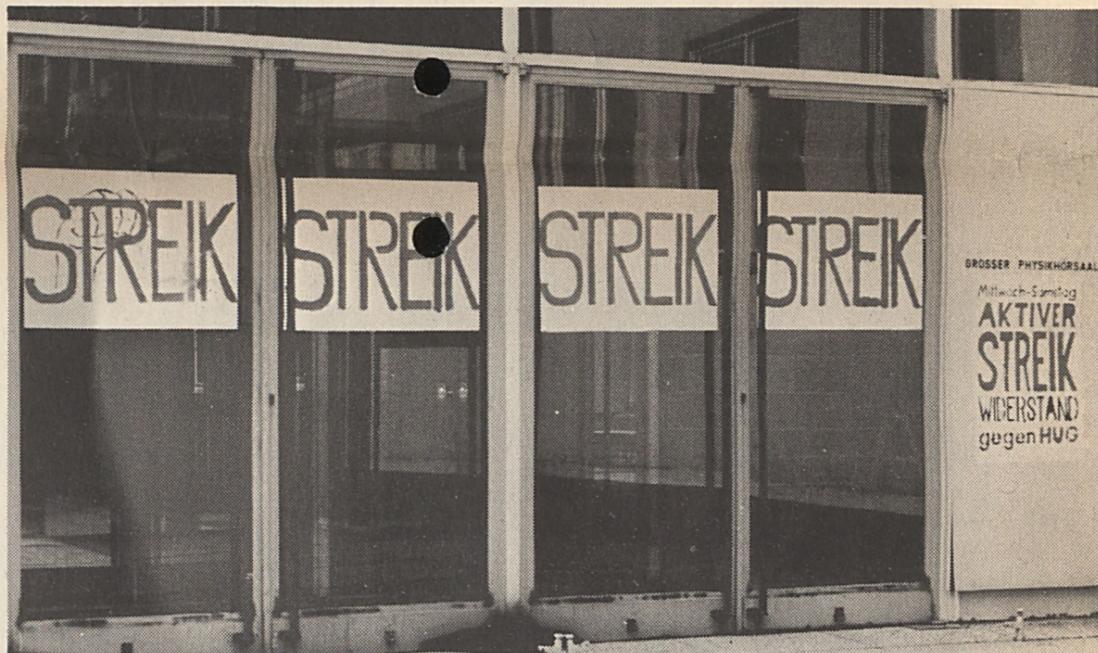
Auf dem Tisch liegt ein Stundenplan: wer liest wann wo welche Vorlesung? „Bei den Biologen draußen ist noch etwas. Wer hat ein Auto, damit wir da mal hinfahren?“

Draußen bei den Botanischen Instituten ist die Welt nicht mehr heil. „PUFF“ haben Unbekannte auf einen Wegweiser geschrieben, und auf eine Hauswand: „FUCK ZIEGLER!“ In grader, aufrechter Schrift — korrekte Menschen offensichtlich,

die hier ihren Kampf gegen Ordinarientmacht und Orgasmuschwierigkeiten in die Öffentlichkeit trugen. „Und sowas will mal unsere Vorgesetzten werden“, schimpfen die Putzfrauen.

Eben beginnt der zweite Teil eines Lichtbildvortrages. Ein Dutzend streikwilliger Gäste nimmt mit Platz. Es wird dunkel. Auf der Leinwand erscheinen Zellhaufen im Querschnitt. „Ganz blau“, sagen die Gäste. „Können Sie das Bild nicht mal grün machen?“

Das Licht geht wieder an. Der Dozent bittet um Ruhe. „Wir halten es für eine Unverschämtheit“, sagen die Gäste, „daß Sie Vorlesung halten, obwohl gestreikt wird.“ Der Dozent erklärt, bei den gezeigten Präparaten handele es sich um besondere Raritäten, für den heutigen Tag eigens von Freiburg hierher gebracht, und schaltet das Licht wieder aus. „Das ist doch uns egal“ sagen die Gäste. „Wir halten es trotzdem für eine Unverschämtheit.“ Eine Hörerin mit niedrigem Flamm-



punkt ruft: „Da ist die Tür!“ „Wisser Sie, was das hier ist?“, fragt der Dozent, indem er das nächste Bild projiziert. „Dasselbe wie vorher, nur im Längsschnitt“, sagen die Gäste. „Hören Sie doch endlich mit der Vorlesung auf!“

Nach fünf Minuten verliert er endlich die Beherrschung, funzelt mit seinem Projektor ins Auditorium und läßt sich schließlich zu einem „Ach halten Sie die Klappe!“ hinreißen. „Einen Ton hat der am Leib“, sagen die Gäste, „wie diese Kerle vom SDS!“

Da ist es endgültig aus. Das Licht geht an. Die Präparate werden eingepackt. Nichts ist mehr mit den Raritäten! Die leicht entflammbare Hörerin eilt durch die von ihr gewiesene Tür hinaus.

Vorne beginnen ein paar Hörer eine Diskussion mit den Gästen. Der Dozent macht sich an der Leinwand zu schaffen, hört mit einem Ohr hin, macht schließlich einen Einwand, ru-

hig, als sei vorher nichts gewesen... Als die entflammbare Hörerin wenig später zur Hörsaal Tür hereinschaut, findet sie den Dozenten in einer Diskussion mit den rabaukenhaften Gästen. Eine Welt — zeigt ihr Gesicht — bricht für sie zusammen.

Praktika

Es geschehen noch Wunder: im nachrichtentechnischen Praktikum fallen die Versuche wegen des Streiks ersatzlos aus. Anders im Physik-Grundpraktikum. Dort schaffen eifrige Studenten. Der Assistent hätte nichts dagegen, wenn sie heimgingen: „Die Versuche taugen ohnehin nicht viel. Die Gruppen sind zu groß, das Gerät ist veraltet.“ Aber, sagt er, „immer noch besser als die Vorlesung. Die ist nämlich völlig unbrauchbar.“

Ein Student: „Wenn mir ein Versuch fehlt, wird das ganze Praktikum nicht anerkannt. Sie haben gut von Streik reden — wenn Sie wüßten, wie lange ich mich bemüht habe, heute diesen Nachholtermin zu bekommen! Ich bin Elektrotechniker, rückgestuft, wenn Ihnen das etwas sagt.“

Sich darauf verlassen, daß der heutige Versuch ersatzlos gestrichen würde, wollen er und die anderen nicht. „Das können die Fachschaftsvertreter nicht durchsetzen.“

Die Gewißheit schöpft er aus einem unbegründbaren Mißtrauen gegen AStA und alles, was links ist. „Die Vollversammlung gestern — da stand doch schon genau fest, was hinterher herauskommen würde. Da konnte man als einfacher Student überhaupt nichts ändern.“ Manipulation also — er weiß nur noch nicht genau, wie und wo.

Weitere Berichte auf Seite 5

Berichte von den Streiktagen

Woche der Verschleierung

Vom 19. bis 25. Mai fand an der TH Darmstadt die diesjährige „Woche der Nationen“ statt. Die Studentenvereine aus der Türkei, Indonesien, Griechenland, Pakistan, Norwegen, den arabischen und südamerikanischen Ländern wollten wie bisher durch eine Ausstellung im Foyer der Otto-Berndt-Halle, durch einen Folkloreabend und eine Tanzveranstaltung dazu beitragen, diese Länder den Deutschen näher zu bringen. Ihnen erschienen dazu immer noch Kunsthandwerk und Küchenspezialitäten geeignet, wenn auch vereinzelt

kritische Informationen zur sozialen und politischen Situation auftauchten – wie im türkischen Pavillon.

Ausländische Studenten und Mitglieder des Republikanischen Klubs protestierten gegen eine solche „Woche der Nationen“ als Instrument der Verschleierung der wahren Zustände dieser Länder und der Situation der Ausländer in der Bundesrepublik. Gestörte und abgesagte Veranstaltungen, Diskussionen und Krawalle kennzeichneten den Verlauf dieser Woche.

Vorgeschichte

Seit vielen Jahren ist die „Woche der Nationen“ für die ausländischen Studenten in Darmstadt die einzige offizielle Gelegenheit, auf ihre Existenz hinzuweisen. Für eine Woche im Jahr entwickeln sie eine ungewohnte Aktivität, die ihnen selber den größten Spaß zu machen scheint – Ausstellungspavillons und Folklore geben ihnen für kurze Zeit ein langvermisstes Heimatgefühl. Die deutschen Besucher der Woche der Nationen werden als geldbringende Touristen betrachtet, nicht anders als in der fernen Heimat auch. Während des übrigen Jahres ist von den Ausländern nicht viel zu hören – alle Aktivität verpufft darin, irgendeinen Posten im nationalen Verein oder im Internationalen Studentenkreis (ISK) zu erlangen. Die „Woche der Nationen“ veranstaltet der ISK als ein vom Akademischen Auslandsamt unterstützter Verein zur Förderung der Kontakte zwischen Ausländern und Deutschen. Die Ausländervereine werden vom ISK

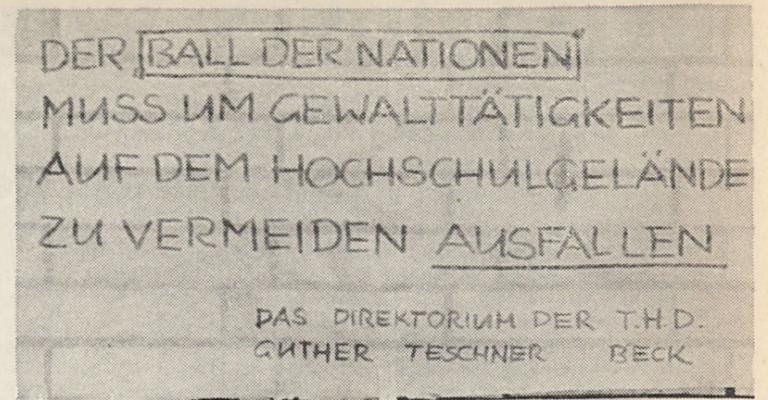
einer Selbstkritik vorhanden waren. Da die Reglementierung der ausländischen Studenten durch das Ausländergesetz, das Akademische Auslandsamt und den ISK allmählich immer offenkundiger wurde, konstituierte sich eine Projektgruppe Internationalismus (PGI) aus griechischen, arabischen und persischen Studenten und aus Mitgliedern des Republikanischen Clubs, um unabhängig von den Eigenbrödeleien der nationalen Vereine und des ISK den Deutschen die notwendigen Informationen über die aktuellen Probleme der Dritten Welt zu geben. Flugblätter und ein Informationsstand in der Mensa kündigten eine ungewohnte Aktivität an. Der ISK bekam es einige Tage vor Beginn der „Woche der Nationen“ mit der Angst zu tun und ließ nach langen Debatten politische Tätigkeiten der nationalen Vereine zu. Der Auslandsreferent des AstA, Erenli, bezeichnete die angeblich so erneuerte Woche als einen „Meilenstein in der Geschichte des ISK“.

eine Touristenschau wie im vergangenen Jahr. Informationsveranstaltungen waren von Seiten des ISK natürlich nicht angesetzt worden, nur die PGI rief im Rahmen der Streiktage zu zwei Veranstaltungen über die Ausländergesetze und über Indonesien auf.

Tag der Nationen

Am Donnerstag (22. Mai) sollte zum „Tag der Nationen“ die traditionelle Folkloreveranstaltung stattfinden, gegen Eintritt, der dem ISK zugute kommen sollte, denn das Akademische Auslandsamt hatte die Miete für die Otto-Berndt-Halle schon bezahlt. Es ist erstaunlich, wie widerspruchslos die nationalen Vereine – obwohl sie für diesen Abend große finanzielle Opfer bringen mußten – dem ISK die Einnahmen überlassen wollten, damit dieser seine Schulden aus dem Kellerbetrieb bezahlen kann. Die PGI forderte konsequenterweise freien Eintritt und Diskussion. Das lehnten die ISK-Vertreter ab und ließen einen Saalschutz aufmarschieren. Die PGI hingegen sah in dieser Haltung einen ersten Akt der Gewalt. Sie und zahlreiche andere Studenten blockierten den Eingang zum Saal. Einzelne Folkloregruppen verkannten die Situation und sahen sich um die Früchte ihrer Arbeit betrogen. Sie und ISK-Mitglieder glaubten mit Gewalt ihren Willen durchsetzen zu können. Es kam im Gedränge zu Handgemengen, ein ISK-Mitglied drohte mit einem Messer. Eine Abstimmung unter den Anwesenden ergab, daß die überwiegende Mehrzahl der Besucher für freien Eintritt und Diskussion war – das Angebot eines Mitgliedes des ISK-Vorstandes, die Folklore durch Diskussionen zu ergänzen, wurde von einem anderen widerrufen. Die zahlreichen Gäste – Gastarbeiter, Konsulatsangehörige und Darmstädter Bürger – wurden währenddessen zu Seiteneingängen der Mensa hineingelassen. Eine Darmstädter Volkstanzgruppe vertrieb ihnen die Zeit bis zum eigentlichen Beginn u. a. mit Tänzen aus Königsborg und Schlesien. Heimatgefühl statt politischer Reflexion.

Als alle Verhandlungen mit dem ISK und Abstimmungen nichts genutzt hatten und die Lateinamerikaner am elektrischen Lagerfeuer ihre Klagelieder sangen, klirrten Fensterscheiben auf der Galerie, die PGI drang ein, soweit sie nicht schon im Saal war, und unterstützte ihre Forderungen nach Diskussion mit Stinkbomben und Ho-Tschi-Minh-Rufen. Im Saal griffen die Schläger des ISK unbeteiligte Zuschauer an, Diskussionen auf der Bühne wurden von den einen zugelassen und von den anderen konsequent verhindert. Die Türken ließen pausenlos ihre Beatkapelle spielen, die Norweger tanzten ihren Blumentanz – im Saal gab es überall Reibereien und Krawalle. Fleißig wurde fotografiert – es hofften wohl einige, sich beim Verfassungsschutz oder der politischen Polizei ein schönes Geld mit Bildern einiger SDS-Leute verdienen zu können.



Vor den zerschlagenen Fensterscheiben tauchte plötzlich Polizei auf und warf die neugierigen Zuschauer die Treppe der Terrasse hinunter. Niemand will die Polizei gerufen haben. Rektor Guthier, dem die Unruhe auch zu Ohren gekommen war, wies auf sein Hausrecht hin und die Grünröcke aus dem Hochschulgelände. Sie mußten sich auf Patrouillenfahrten um den Herrngarten beschränken. Guthier sah sich in der Otto-Berndt-Halle ein wenig um und meinte zu aufgebracht ISK-Leuten: „Wenn Sie schon eine solche Veranstaltung machen, dann müssen Sie damit rechnen, daß Diskussion gefordert wird. Uns Professoren geht es ja genau so.“ Unter seinen Augen ließen sich sogenannte SDS-Aktivisten von schlagkräftigen ISK-Vorstandsmitgliedern in die Enge treiben. Bis 23 Uhr, als das Programm abgebrochen wurde.

Ball der Nationen

Zum Ball der Nationen (24. Mai) wurden ähnliche Aktionen angekündigt. Der PGI wurde von Seiten des ISK angeboten, zum Ball eine Rednergruppe von 12 Personen zu stellen: Diskussionen, die sich in einem Rahmen halten, der zur Klärung von Problemen führt, sind durchaus zu unterstützen.“ Der ISK glaubte dadurch, seinen Gästen einen „interessanten und wertvollen Abend“ bieten zu können – ein wenig Tanz, ein wenig Diskussion, wohl dosiert. Doch daraus wurde nichts. Die PGI lehnte jede Beschränkung ab, insbesondere forderte sie auch zum Ball der Nationen freien Eintritt, solange die Einnahmen nicht den ausländischen Kommilitonen zugute kommen sollten. Die nichtssagende Woche der Nationen sollte nicht von einem Ball gekrönt werden, der alle angeschnittenen Probleme wieder verschleierte. Der Rektor befürchtete Gewalttätigkeiten und sagte den Ball ab. Zahlreiche Besucher in Abendkleid und Smoking mußten sich mit Diskussionen vor dem Mensa-Eingang begnügen.

Fazit

Die „Woche der Nationen“ ist bisher der einzige offizielle Anlaß der Ausländer gewesen, über ihre Heimatländer zu informieren. Viele Ausländer in der Bundesrepublik stehen im allgemeinen unter der genauen Überwachung der Konsulate. Ein diskriminierendes Ausländergesetz tut ein Übriges, um ihnen den Mut für eine politische Betätigung zu nehmen: Nach § 6 AuslG genießen Ausländer alle Grundrechte außer den Grundrechten der Versammlungsfreiheit, der Vereinsfreiheit, der Freizügigkeit, der freien Wahl von Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte sowie des Schutzes vor Auslieferung an das Ausland. Eine politische Tätigkeit kann eingeschränkt oder untersagt werden, wenn sie über das Verbreiten von allgemein zugänglichen Nachrichten und Meinungen hinausgeht, die die öffentliche Sicherheit, die politische Willensbil-

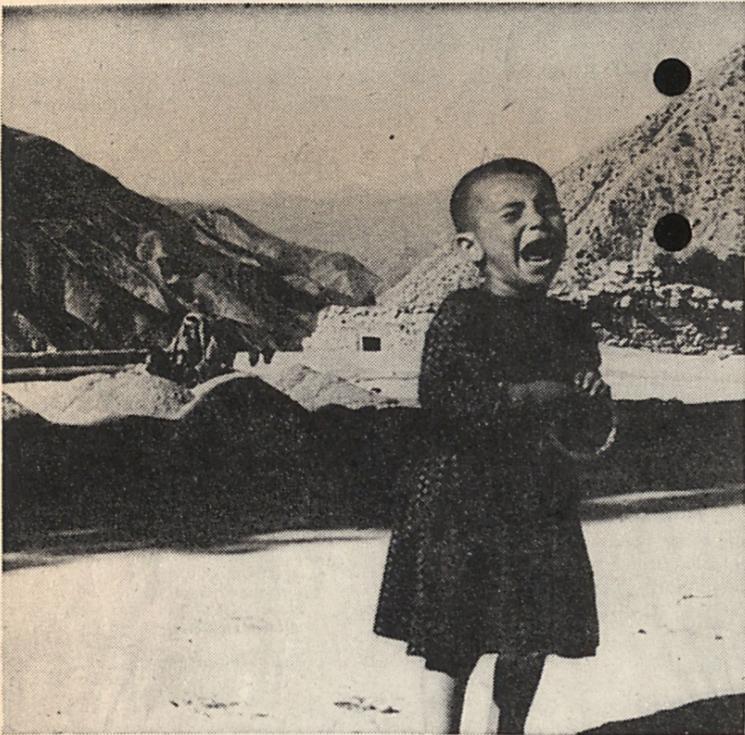
dung oder sonstige Belange der Bundesrepublik gefährdet. Viel von den Grundrechten bleibt da nicht übrig. Der Ausländer ist ganz auf die Gnade des Gastlandes angewiesen. Die (verbotene) Informationstätigkeit der Ausländer ist aber notwendig zur Aufklärung über die politischen Probleme ihres Landes. Durch Zusammenarbeit der ausländischen Studenten untereinander und mit den deutschen Kommilitonen könnten sie aus ihrem Ghetto ausbrechen. Folklore und Verbrüderung bei Sekt sind dafür keine geeigneten Mittel.



Solidarität

TH Studenten helfen Ingenieur-Studenten

Streik-Donnerstag abend. Die Studenten der Ingenieurschulen fordern Hilfe an. Sie selbst können gegen ihre Streikbrecher nicht mehr vorgehen, ohne in Schwarzen Listen notiert zu werden. Also trifft sich ein Trupp hilfswilliger TH-Studenten Freitag früh an der Ingenieurschule. An den Wänden Streikparolen und (sehr gute) Arbeitsangebote, irgendwie reimt sich das nicht. Erstes Ziel: eine Klausur der Sechstsemester. Auch ohne die Hilfe Ortskundiger wird der Saal schließlich gefunden. Tür auf, ein freundliches „Guten Morgen“, schnell rein. In der ersten Verblüffung sind die Klausurschreiber zunächst aggressiv, dann wird heftig diskutiert. Der Direktor wird geholt, er weist höflich auf sein Hausrecht hin und geht wieder. Nach einer halben Stunde ziehen die THler ab, die Klausur ist geplatzt. Inzwischen sind weitere TH-Studenten (Spätaufsteher) eingetroffen. Es bleiben noch zwei Übungskurse im 6. und 10. Stock zu besuchen. Der erste hat sich eingeschlossen, die Tür ist ohne Gewalt nicht aufzukriegen. Stühle unter die Türklinke, weiter. Im zweiten Übungskurs sitzen nur wenige Streikbrecher, die Diskussion ist unergiebig. Dem Dozenten wird vorsorglich das Manuskript entwendet. Der Direktor wird geholt, er weist höflich auf sein Hausrecht hin und geht wieder. Ein paar bemühen sich, alle Fahrstühle in den 10. Stock zu holen. Wenn die Polizei doch kommt, soll sie wenigstens Treppen steigen. Aber es geschieht nichts mehr. Die TH-Studenten gehen, der Streik geht weiter. Alles in allem: mehr Neugier und Gesprächsbereitschaft als Aggressivität bei den Streikbrechern, die Dozenten höflich und passiv. Nur zwei Dozenten sind sauer: Die TH-Studenten haben unwissentlich auch den Dozentenfahrstuhl benutzt – und das geht wirklich zu weit.



eingeladen, einen Beitrag zu dieser Woche zu liefern, in Form von Ausstellung, Musik, Tanz und Sportveranstaltung. In diesem Privatklub sind ungefähr 100 von 700 ausländischen Studenten vertreten; er repräsentiert diese also in keiner Weise, obwohl das durch die Unterstützung des Akademischen Auslandsamtes und durch das Auftreten in der Öffentlichkeit den Anschein hat.

Unbehagen der Ausländer über die unzureichende Informationspolitik des ISK führte in diesem Jahr zu Auseinandersetzungen über die Gestaltung der „Woche der Nationen“. Reaktionäre Vorstandsmitglieder setzten jedoch durch, daß sich die teilnehmenden Nationen jeglicher politischen Tätigkeit zu enthalten hätten. Wirkliche Informationen über die Situationen eines Landes waren dadurch unmöglich gemacht. Der Iranische Studentenverein zog die Konsequenzen und sagte seine Teilnahme ab. Die anderen Vereine wollten jedoch weiterhin an dieser Woche der Verschleierung teilnehmen – insbesondere die Probleme der Länder der Dritten Welt werden durch Folklore und Kunsthandwerk verharmlost – obwohl zum Beispiel bei den Türken konkrete Ansätze zu

Aber das war nur Zweckpropaganda – das Kulturprogramm sollte unverändert beibehalten werden, für eine Änderung war es ohnehin zu spät.

Aktivität der PGI

Am Montag, dem 19. 5. bildeten sich vor dem Informationsstand der PGI am Eingang zu den Ausstellungspavillons in der Mensa Diskussionsgruppen; die ausstellenden Vereine waren entschlossen, ihre Pavillons gegen eventuelle Angriffe der PGI zu verteidigen. Im türkischen Pavillon waren Ansätze zu einer Sozialkritik vorhanden, bei den Arabern wurde der Todfeind Israel für alle Misern in diesen Ländern verantwortlich gemacht. Auf Kunstgewerbe wollte keine Nation verzichten; bei Pakistanern, Lateinamerikanern, Norwegern, Griechen und Indonesiern

Ein Buch neben Vorlesungen und zur Prüfungsvorbereitung

KERN WESSEL

PHYSIK

Band 1 Grundlagen mit Ergänzungen 17,40
Band 2 Formeln Tabellen Aufgaben + Lösungen 14,60

VERLAG G. BRAUN • 7500 KARLSRUHE 1

BEHANDELT WIE KLEINE KINDER

Ungerecht, Eliten züchtend, Abhängigkeiten schaffend: Die soziale Lage der Studenten

Es wird viel getan, um den Studenten ein materiell erträgliches Dasein zu ermöglichen. Wessen Eltern das Studium nicht bezahlen können, der kann vom Staat Ausbildungsförderung oder von Mäzenatenvereinigungen ein Stipendium bekommen. Das Mensaessen ist billig, und wem es noch zu teuer ist, dem verschafft der AStA ein aus Industriespenden finanziertes Freitisch. In den öffentlichen Verkehrsmitteln können Studenten verbilligt fahren. Wer persönliche Probleme hat, der kann sich psychotherapeutisch beraten und behandeln lassen. Es werden Studentenreisen angeboten, und der AStA vermittelt den verbilligten Kauf von Radios, Schreibmaschinen und Kleidung. Theater und Zirkus haben für Studenten ermäßigte Eintrittspreise. Es wird wirklich viel getan. Und so wäre denn alles in Ordnung?

Gerade die Aufzählung der sozialen Anstrengungen zeigt, daß nichts in Ordnung ist, daß es mit der Chancengleichheit in der Ausbildung – die materiell ausreichende Versorgung der Studenten wäre die Voraussetzung – nicht ganz stimmt. Wenn Chancengleichheit gegeben wäre, dann wären all die vielen unterschiedlichen Hilfen nicht nötig – Sonderrechte für eine ständische Gruppe, die aber ein absolutes Muß sind, um die schlimmsten Ungerechtigkeiten zu überdecken.

Die Unaufrichtigkeit, die bei einem Vergleich zwischen dem Anspruch der Verfassung und der Wirklichkeit zutage tritt, hat bisher die Empörung der Studenten hervorgerufen. Um so erstaunlicher ist, daß der studentische

„standesgemäßes“ Leben möglich ist. Die Mehrzahl der Studenten verfügt über weniger Mittel als der einfachste, miserabel entlohnte Arbeiter, der schon auf schändlichste Weise ausgebeutet wird. In einer Überflußgesellschaft leben sie in äußerster Armut. Zwar wird dem Studenten augenzwinkernd ein freier Lebensstil zugestanden, aber in Wirklichkeit ist die Flucht ins Bohème und in die Gammellei pure Notwendigkeit, um überhaupt durchzukommen.

Ihre wirtschaftliche Lage erlaubt ihnen nur, sich mit anomalen Formen des Überlebens zufrieden zu geben. Sie wohnen menschenunwürdig in winzigen

wartungen lösen können, werden die Studenten in Unmündigkeit, Folgsamkeit und Verantwortungslosigkeit gehalten. Sie haben die Illusion, freier zu sein, und doch sind sie von Elternhaus und Staat viel abhängiger als der Gleichaltrige, der nicht studiert. Auch wenn sie meinen, unabhängig zu sein, so müssen sie die Konformitätsforderungen derjenigen erfüllen, die ihnen das Studium bezahlen.

Die direkte oder versteckte Einflußnahme auf die Berufswahl, auf den Studienort, auf die politische Einstellung ist es nicht allein. Selbst wer der Überzeugung ist, sich von seinem Elternhaus völlig gelöst zu haben, läßt

- Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
- Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt.
- Niemand darf wegen seines Geschlechtes oder seiner Herkunft benachteiligt oder bevorzugt werden.
- Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.
- Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen.
- Die Wohnung ist unverletzlich.

sten Buden (ob privat oder in Kasernen) und werden ständig beaufsichtigt und gegängelt. Auf die üblichen Eß- und Kleidungsgewohnheiten müssen sie notgedrungen verzichten.

Die Studenten betrügen sich selbst, wenn sie meinen, sie dürften sich noch einmal richtig austoben, ehe sie den der

sich von der Bürokratie ohne Auflehnung wie ein kleines Kind behandeln und beugt sich beispielsweise den staatlichen Prüfungsordnungen. Statt sich solche Behandlung zu verbitten, flüchten die Studenten in die Resignation, weil sie keine Möglichkeit des Widerspruchs sehen. Gelernt haben sie es wirklich nicht.

Was in Darmstadt zu tun ist

Die Studenten müssen ihre soziale Lage erkennen und ehrlich analysieren. Das Problem ist nicht die Flucht ins lustige Studentenleben. Die sozialen Abhängigkeiten sind so offensichtlich ungerecht und unbegründet, daß radikale Änderungen notwendig sind. Die Forderungen dürfen sich nicht darauf beschränken, Verbesserungen an einem schlechten System vorzuschlagen, das soziale System der Ausbildung muß grundlegend geändert werden.

So dürfen sich die Studenten in Darmstadt die ungerechtfertigte Mietpreiserhöhung nicht gefallend lassen. Die Verweigerung der Mehrbeträge ist nur ein Punkt. Gleichzeitig muß der Wohnheimbeauftragte abgeschafft werden, bei dem sich jeder Heimbewohner auf Heimtauglichkeit prüfen lassen muß. Die Ordinarien, die letztlich eine disziplinierende Funktion haben, müssen aus den Heimen geworfen werden; das Tutorensystem muß neu durchdacht werden. Die Sandkastendemokratie wird ersetzt werden durch echte Entscheidungsbefugnisse für die Heimbewohner.

Das sind Selbstverständlichkeiten, mit denen es nicht getan ist. Die jetzigen Wohnverhältnisse sind durch keine Maßnahme so zu verbessern, daß danach ein menschenwürdiges Wohnen möglich wäre. Die Studenten müssen in die Lage versetzt werden, so zu wohnen, wie sie es für angemessen halten. Sie müssen genug Geld haben, um eine eigene Wohnung unterhalten zu können, wenn sie es wollen.

Ein anderes Beispiel: Die Tätigkeit des Psychotherapeuten muß gründlich durchleuchtet werden. Er erfüllt die Aufgabe, die Studenten an die Widersprüche des Systems zu gewöhnen, er paßt sie an die ungerechten Zustände an – und verhindert damit indirekt die Änderung oder Abschaffung. Wenn er beispielsweise einen Studenten wieder prüfungstauglich macht (so daß der die unsinnige Prüfung ertragen kann), leistet er auch einen Beitrag zur Beibehaltung der jetzigen Prüfungsformen, deren Abschaffung viele Probleme wirklich lösen würde.

Weiter: Nach wie vor werden von den Studenten Studien- und Prüfungsge-

bühren erhoben (obwohl die „Gegenleistung“ ständig sinkt). Die Einnahmen sind lächerlich gering, sie dürften sich auf etwa 2% des Hochschulhaushaltes belaufen. Aber für den einzelnen Studenten sind sie eine spürbare Belastung. Der Wegfall der Gebühren täte dem Staat nicht weh, es ist eine soziale Einrichtung, die schnellstens abgeschafft werden sollte.

Eine besondere Stellung nimmt die Ausbildungsförderung nach dem Honnefer Modell ein. Die Vergabekriterien sind einfach ungerecht. Die Chancengleichheit ist durch Honnefer nicht erzielt worden. Nach 12 Jahren Honnefer hat sich der Anteil der Studenten, die aus den sozial schwachen Bevölkerungsschichten kommen, nur unwesentlich erhöht. Und die Vergabe nach Mindestnoten ist auch nicht mehr zu rechtfertigen.

An der Hochschule werden viele Studenten ungewollt wegen der schlechten Ausbildung (Massenvorlesungen, überfüllte Praktika) oder bewußt wegen der begrenzten Kapazität herausgeprüft. Gerade den Studenten, die materiell am schlechtesten gestellt sind und deshalb mehr private Sorgen haben, mutet man außer den allgemeinen noch besondere Prüfungen zu, etwa die freiwilligen Semestral Klausuren, die für Honneferempfänger eben Pflicht sind. Bei ihnen kommt noch hinzu, daß ein Versagen, das durch den Prüfungsdruck geradezu provoziert wird, ungleich weiterreichende Folgen hat als bei den Studenten mit vermögendem Elternhaus, die das Studienfach und den Hochschulort wechseln und die Prüfungstermine leichter überziehen können.

In den Honnefausschüssen müssen die Studenten militäre Vergabekriterien und ungerechte Entscheidungen anprangern. Die geforderten Leistungsnormen müssen radikal gesenkt werden. Die Honneferprüfungen müssen abgeschafft oder boykottiert werden. Dabei ist es gar nicht notwendig, daß nun alle Studenten die Sonderprüfungen verweigern – obwohl das sicher schöner wäre. Es reicht schon aus, wenn es ein Teil der Honneferempfänger tut. Keine Verwaltung kann es sich heute noch leisten, Honneferempfänger wegen einer Prüfungsverweigerung das Geld zu streichen, das ist einfach unvorstellbar.

Die familienunabhängige Ausbildungsförderung

Am Beispiel Honnefer war zu sehen, daß selbst radikale Verbesserungen innerhalb des Systems keine echte Erleichterung bringen können. Das Honnefer Modell mag gut gedacht sein, aber vom System her war es ungerecht und konnte in der Praxis nicht so funktionieren, wie man es vorgegeben hatte. Nicht eine Verbesserung, nur eine radikale Änderung der Ausbildungsförderung muß die Forderung sein.

Die Ausbildung kommt der Industriegesellschaft zugute, die nicht umsonst den Ausgebildeten eine bessere Bezahlung verspricht. Die Ausbildung ist für den industriellen Fortschritt der Gesellschaft dringend notwendig, und doch werden die Kosten der Ausbildung der Familie angelastet, die in aller Regel am wenigsten davon profitiert, und dann dem Studenten, der mehr noch als seine Familie auf viele Annehmlichkeiten verzichten muß, oft

sogar das Studium regelrecht erjobben muß.

Der eigentliche Nutznießer der Ausbildung leistet nur wenig, und das noch ungerecht verteilt. Die Last ist dem Einzelnen aufgebürdet, dem dadurch das Studium unsinnig erschwert wird.

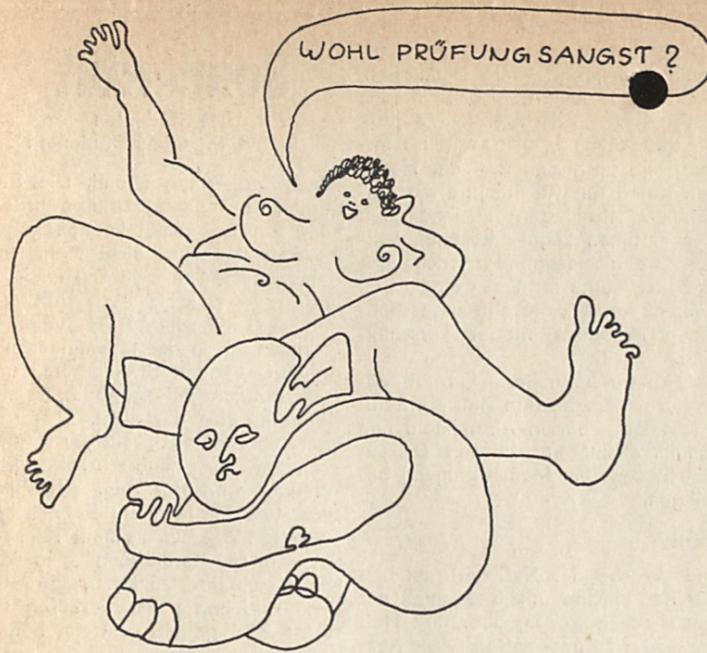
Die Lösung kann nur in einer familienunabhängigen Ausbildungsförderung liegen. Die Kosten für das Studium trägt dann nicht mehr die einzelne Familie, sondern die Gesellschaft. Utopisch ist die Forderung keineswegs. Unsere Industriegesellschaft hat es verkraftet, innerhalb von wenigen Jahren die Bundeswehr aufzubauen, die inzwischen jährlich 20 Mrd. DM kostet und durch den Abzug von 400 000 Mann die Produktionskapazität der Industrie spürbar verringert. Es sollte dieser Gesellschaft ein Leichtes sein, jedem Studenten ein Stipendium von 500 DM im Monat zu zahlen, was etwa 1,8 Mrd. DM jährlich kosten würde.

Man muß sich die Relation einmal vor Augen halten, um die Kritik an der sozialen Stellung der Studenten richtig zu begreifen. Die familienunabhängige Ausbildungsförderung liegt im Bereich des finanziell Möglichen. Sie würde die Chancengleichheit in der Ausbildung, die heute aus wirtschaftlichen Gründen einfach nicht für jeden gegeben ist, zumindest leichter realisierbar machen. Und alle singulären sozialen Hilfen (Freitisch, Vergünstigungen und andere Sonderrechte) könnten unterbleiben, zumal sie den Studenten doch nicht aus seiner wirtschaftlichen Misere befreien.

Warum wird nichts getan?

Selbst wenn die familienunabhängige Förderung auf jede Ausbildung ausgedehnt würde, was nur gerecht und konsequent wäre, dann würden sich die Ausgaben für die Gesellschaft auch nur auf etwa 10 Mrd. jährlich belaufen. Das ist immer noch wenig im Vergleich zu den direkten und indirekten Kosten der Bundeswehr, unabhängig von deren anzweifelbaren Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit.

Die Industriegesellschaft braucht zunehmend mehr und besser Ausge-



Protest sich kaum gegen die eigene, sozial ungerechte Lage gerichtet hat, obwohl hier die Diskrepanz zwischen Verfassungsnorm und Wirklichkeit ins Auge springt und von dem einzelnen Studenten täglich erfahren und erlitten wird.

Die Sozialpolitik der Studenten darf nicht mehr darauf aus sein, Ungerechtigkeiten zu mildern und die tatsächliche Chancenungleichheit erträglicher zu machen. Ihre Aufgabe ist es nicht, der sozialen Kleckerei noch ein paar bunte Punkte hinzuzufügen und den Studenten weitere Verbilligungen und Sonderrechte zu verschaffen. Studentische Sozialpolitik muß Kritik an einer Gesellschaft sein, die nicht willens ist, die Verfassungsnormen zu erfüllen.

Lustig ist das Studentenleben?

Die überwiegende Zahl der Studenten kommt aus den Bevölkerungsschichten, die finanziell gesichert sind und einen hohen Lebensstandard haben. Steht schon die Auswahl im krassen Widerspruch zu der behaupteten Chancengleichheit, so überrascht noch mehr, daß den Studenten nicht einmal ein

endgültige Platz in der Gesellschaft zugewiesen wird. Ihr vermeintlicher Freiheitspielraum beschränkt sich darauf, ihr wirtschaftliches Elend zu kultivieren, den erzwungenen Lebensstil mit einem Hauch von Extravaganz zu verbrämen, klägliche Kompensationen für die materielle Unterversorgung suchen zu dürfen.

Der Genuß der Studenten an diesem Leben ist wenig originell. Und nach Beendigung des Studiums wird er sofort aufgegeben. Dann müssen die Studenten die Narrenkappe absetzen und all das tun, was ihnen bisher lächerlich war und was sie verachteten. Sie sind während ihrer ganzen Ausbildung systematisch gedrißelt worden, aus jeder Situation das Beste zu machen und widerspruchslos Ungerechtigkeiten sogar gegen die eigene Person zu dulden; sie sind kritiklos angepaßt an eine ungerechte Gesellschaft.

Abhängig von Familie und Staat

Im Gegensatz zu anderen Jugendlichen, die sich zunehmend von familiären Abhängigkeiten und von moralischen Vorurteilen und Verhaltens-



Dipl.-Wirtsch.-Ing.
RUDOLF WELLNITZ

Hochschulbuchhandlung

Darmstadt, Lauteschlägerstraße 4
Direkt an der Hochschule
Technisches Antiquariat
Darmstadt, Magdalenenstraße 19
Am Kraftwerk der TH

Fortsetzung:

Mittwoch, 21. 5. 1969 — 15.40 Uhr

80 Bauingenieure (6. Semester) versammelten sich zur Grundübung Wasserbau (Prof. Bassler), um sich die nächste von insgesamt acht Übungsaufgaben vorrechnen zu lassen. Da drangen Fachschaftsmitglieder und diskutierwillige Kommilitonen in den Saal, um ihren ängstlichen Kollegen Mut zu machen, dem Lehrstuhl Wasserbau einmal die Meinung zu sagen: Acht Übungsaufgaben erfordern einen unzumutbar großen Rechenaufwand und können erst gelöst werden, wenn man sie in der Übungsstunde ansatzweise vorgekauft bekommt. Von Wissenschaft keine Spur, von Übung noch weniger. Wer die Übungen nicht zufriedenstellend anfertigt und nicht in jeder Übungsstunde anwesend ist, wird am Ende des Semesters zum Kolloquium gebeten. Am Streiktag sollte darüber gesprochen werden. Angesichts drohender Diskussion zögerte Chefassistent Schmidtke nicht lange und forderte eine Abstimmung, ob die Übung abgehalten werden solle — mit dem Hinweis, daß aber acht Übungen durchgeführt werden müßten.

Erst allmählich erkannten die Hörer, daß sie sich ja geschlossen dieser

Berichte vom Streik

Pression entgegenstellen könnten, indem man an der Übung nicht teilnimmt. Herr Schmidtke sah die Gefahr und änderte seinen Tonfall. Er könne doch selber nichts ändern. Als ob acht seltsame Übungen mehr Wissen vermitteln als sieben. Abstimmungen und Drohungen nützten nichts. Die Versammlung löste sich auf, die Übung wurde vertagt, und die Diskussion wurde in kleinen

Gruppen mit den Assistenten weitergeführt — endlich. Da offenbarte sich plötzlich ein großes Verständnis der Assistenten für die Probleme dieser Übung. Den Studenten wurde empfohlen, sich direkt an Professor Bassler zu wenden, um Verbesserungen zu erzielen. Die Assistenten haben kein Interesse an zusätzlicher Arbeit und schweigen deswegen. Aber daß man statt idiotischer Fleißübungen wirkliche Übungen durchführen könnte, wenn die Vorlesung besser wäre, kann man Professor Bassler auch schwer verständlich machen.

TEACH-IN über Ordnungsrecht

Das Interesse war erstaunlich groß (etwa 300 Leute), der Termin war unversehens aktuell geworden. Am Freitag hielt Assistent Dr. Azzola (Öffentliches Recht) ein Referat über das Ordnungsrecht im HUG. Am Abend vorher hatte es beim Versuch, die Folklore des ISK umzufunktionieren, Scherben und kleinere Raufereien gegeben, Polizei war auf dem Hochschulgelände gewesen. Beim teach-in gaben sich einige Verbindungsstudenten äußerst erregt über diesen „SDS-Terror“; sie kündigten „hochschulpolitische Konsequenzen“ an, was im Zu-

sammenhang nur so verstanden werden konnte, daß sie für ein Ordnungsrecht sind, solange sie die Provokationen linker Gruppen nicht als notwendig verstehen. Die Verbindungsstudenten schwanken immer noch vom Ordinarien-Saalschutz zum Streikposten — und zurück.

Azzola hatte es bei dieser Stimmung schwer, mit seinem nüchternen und ausführlichen Referat verstanden zu



Dr. Azzola (öffentliches Recht)

Jugendstil-Total

Welche Studenten, welches Studentenehepaar mit Initiative möchte erstklassig im Jugendstil eingerichtetes Lokal, Nähe TH, übernehmen.

Rufen Sie bitte **Telefon Nr. 81111** an. Sie erhalten gern nähere Information.

BUCHBESPRECHUNGEN:

PILOTEN IM PYJAMA—Soldaten funktionieren

Vor etwa einem Jahr, im April 1968, lief ein dreiteiliger Filmbericht im „Deutschen Fernsehfunke“ der DDR; Titel: „Piloten im Pyjama“. Interviews mit 10 Amerikanern, Piloten, die über Nordvietnam abgeschossen worden waren und dann — im Sommer 1967 — zwei Journalisten gegenüber saßen und von ihnen ausgefragt und verhört wurden. Das Protokoll der Gespräche zusammen mit Briefen der Piloten und Schilderungen von den Wirkungen ihres militärischen Dienstes sind als Buch erschienen:

Walter Heynowski, Gerhard Scheumann PILOTEN IM PYJAMA Verlag der Nation, Berlin 1968

Situation: In einem Gefangenenlager in Nordvietnam melden sich freiwillig — über die eigentliche Motivation läßt sich wenig sagen — 10 Angehörige der US-Streitkräfte, um sich gefilmten Interviews zu stellen. Der Kanadier Perry Friedman dolmetscht. Heynowski und Scheumann fragen mit verteilten Rollen, freundlich und gezielt. Hartnäckig schildern sie die Situation des Krieges, treiben die Piloten in die Enge, verschaffen ihnen Verschnaufpausen, quetschen sie aus und lassen jeden am Schluß in die Kamera hinein Grüße an die Familien in Amerika sprechen. Das Protokoll ist, abgesehen von der „Kunst“, die Zwangslage der Amis auszunutzen, kein billiges Propagandawerk. Die Männer werden nicht „fair“, aber konsequent und ohne persönliche Kompromisse ausgefragt. (Dabei fällt es schwer, diese Art und Weise zu verurteilen, wenn man sich die auch in diesem Buch dargestellten Kriegsgreuel bewußt macht.) Einige Passagen der Antworten, bei denen der weit vom „Schauplatz“ ent-

fernte Leser oder Zuschauer von allem Entsetzen, von aller Moral abstrahieren kann, gestatten es, Einblick zu gewinnen in die Gedankengänge der Bomberpiloten: Gesichtspunkte der Ideologie vom „American way of Life“ werden erschlossen. Naive, manchmal trotz der erschreckenden Taten arglose Denkweisen demonstrieren Phantasiearmut und Harmlosigkeit. Die Piloten haben funktioniert, weil sie den Kontrast zwischen dem Explodieren von Bomben inmitten wehrloser Menschen und ihrer eigenen sachlichen Überlegenheit nicht bemerken konnten. Sie haben funktioniert, weil sie in ihrer ausgebildeten Einfalt optimal an die befohlene Aufgabe angepaßt waren. Pflichtbewußtsein schließt Skrupel aus. Die Verhaltensweise, die sie, unsicher geworden, auch noch in der Gefangenschaft zu verteidigen suchten, verweist auf die Möglichkeit, ordentliche und normale Menschen zum Kriegshandwerk einzuspannen. Mit solchen Leuten läßt sich militärisch operieren; sie sind programmierbar. Von einer „positiv“ motivierenden Ideologie geprägt stellen sie sich willig, mit eigenartiger Begründung in den Dienst der Sache. Schon 1965 hatten Heynowski und Scheumann in ähnlicher Weise den deutschen Major Siegfried Müller dazu veranlaßt, seine starrsinnige Verhaltensweise und konfuse Vorstellungswelt zu offenbaren. Der Film wurde im Studentischen Filmkreis der THD gezeigt. Auch von ihm gibt es ein Protokoll:

Walter Heynowski, Gerhard Scheumann DER LACHENDE MANN — Bekenntnisse eines Möders Verlag der Nation, Berlin 1966 M 4,—

Wer sich heute diese Protokolle zu Ge-

müte führt — die Ähnlichkeiten der Ideen der Piloten und des Kongo-Müller sind verblüffend, aber nicht rein zufällig — bemerkt erschrocken, welche Perspektiven „kapitalistisch-freiheitliche“ Staatsordnungen ermöglichen und fördern. Manche als phrasenhafte Vokabeln abgetane Begriffe wie „Imperialismus, Neokolonialismus oder Entfremdung“ können auf einmal persönliches Verhalten beschreiben. Die amerikanischen Krieger und der deutsche Söldner benehmen sich extrem systemkonform; Bewußtsein und das moralische Urteil der einzelnen sind eingengt zugunsten ihrer Funktionsfähigkeit. Wie krampfhaft und erfolgreich gerade solche Aspekte in der Bundesrepublik verdrängt werden, zeigt die veröffentlichte Reaktion, nachdem der Film im „Ostfernsehen“ vorgeführt worden war. Empörung und erhabenes Verschweigen als Antwort auf den „lachenden Mann“ in der Bundesrepublik sind gesammelt in:

Otto Köhler KONGO-MÜLLER oder Die Freiheit, die wir verteidigen Verlag Bärmeier & Nikel, Frankfurt 1967

Als Pardon-Dokument aufgemacht sollte es ursprünglich auch das Protokoll des Interviews mit Müller enthalten. Weil aber ein Beitrag Alexander Mitscherlichs das Mißvergnügen der Verleger aus „Berlin — Hauptstadt der DDR“ erregte, schildert das Buch Reaktionen, psychopathische Verdrängungen zweier Aussagen: Menschen funktionieren, wenn ihnen eine gemeinsame Ideologie eingepreßt wurde; faschistische Verhaltensweisen sind Bestandteile „unserer“ freiheitlich-demokratischen Ordnung.

Sex aus Dänemark

Sie erhalten bei uns einfach alles!

Umfangreiche Prospekte über Schmalfilme, Fotos, Dias und Magazine sowie Bücher in deutscher Sprache. Die Kataloggebühr wird beim Kauf angerechnet.

**Katalog A 5,— DM
Katalog B 10,— DM
Prachtkatalog 20,— DM**

Bestellen Sie noch heute! Sie werden angenehm überrascht sein!
Vorkasse! Keine Nachnahme!
JEAN - PIERRE VILLENEUVE
Stockflethsvej 7 — Kopenhagen F / Dänemark Dept.

werden. Die Diskussion zeigte, daß viele Studenten Hoffnung auf den „legalen“ Widerstand gegen das Ordnungsrecht haben, etwa durch Verfassungsklagen. Azzolas Hinweise auf den fragwürdigen Ausgang des Rechtsweges und dessen lange Dauer (ungefähr 4 Jahre) schienen wenig Beachtung zu finden. Ungewohnt friedfertig und unpolemisch gab Azzola den in der Mehrheit über die vorabendlichen Zwischenfälle kaum informierten Zuhörern fast resignierend den Ratschlag, sich einmal gründlich Gedanken über die

Wechselwirkung von Gewalt (z. B. durch den Gesetzgeber) und Gegengewalt (z. B. durch Studenten) zu machen. Solange das nicht geschehen ist, braucht nur irgend jemand „Terror!“ zu schreien, und schon fällt bei vielen Studenten der Vorhang. Das Ordnungsrecht ist auch Gewalt (oder Terror), aber viele Studenten sehen nur die Aktionen der Studentengruppen, die sich gegen die Gewalt wehren. Und mit Scham vor dem Mund läßt sich nicht über das Ordnungsrecht diskutieren.

Winkeladvokat Pahl

Seit kurzem nehmen in den Sitzungen der Fakultät MB die beiden Studentenvertreter nicht mehr an den Abstimmungen teil. Dieser von den Fachschaftsmitgliedern am 8. 5. gefaßte Beschluß wurde von einer Vollversammlung bestätigt.

Konkreter Anlaß zu diesem spektakulären Schritt war die Tatsache gewesen, daß die Ordinarien weder bereit waren, sich mit dem Inhalt des von einer Senatskommission ausgearbeiteten HUG-Papieres auseinanderzusetzen, das nach Maßgabe des Senats in allen Fakultäten behandelt werden sollte, noch überhaupt dem im Winter beschlossenen Satzungsformen für verteidigungswert hielten. Eine diesbezügliche Abstimmung erbrachte nur Neinstimmen. Die Fachschaft faßte daraufhin den Entschluß, sich so lange an keiner Abstimmung mehr zu beteiligen, bis eine Majorisierung durch eine Gruppe in der Fakultät nicht mehr möglich sei. (Derzeitiges Stimmverhältnis: 19 Ordinarien, zwei Nichtordinarien, ein Assistent und zwei Studenten.) Auch die zur Bestätigung dieses Beschlusses einberufene Vollversammlung mochte den Beteuerun-

gen des Dekans (Prof. Pahl) nicht glauben, man versuche nach altakademischem Brauch stets solange zu diskutieren und zu modifizieren, bis alle zustimmen könnten; die Tatsachen sprachen dagegen. Fachschaftsleiter Schröder: „Wir können überhaupt nichts machen.“ Der Beschluß der Fachschaft wurde gutgeheißen. In der nächsten Fakultätssitzung verhärteten die Fronten sich noch mehr: Mit dem Argument, die Sitzung sehe bei Abstimmungen nur Ja- und Nein-Stimmen sowie Enthaltungen vor, aber keine Nichtbeteiligung, verwies Pahl die Studentenvertreter Schröder und Acker, die an den Beratungen weiterhin teilnehmen wollten, des Tisches. Die beiden Studenten schickten sich murrend, holten aber postwendend beim Rechtsrat Auskunft ein. Auch Dekan Pahl suchte beim Oberstaatsanwalt um Rat nach und mußte erfahren, daß er zu weit gegangen war. Per Hauspost bot er den Studentenvertretern eine Neuauflage der Sitzung an. Fachschaftsleiter Schröder will jedenfalls so bald keiner Rechtsauslegung Pahl's mehr glauben: „Lieber lasse ich mir von Schultz ein Getriebe bauen.“



So leben moderne Menschen

... sauber, hygienisch, ohne Rauch, Ruß und Asche, in behaglich warmen Räumen. Ohne eine Hand zu rühren, vollkommen automatisch erfolgt das Aufladen der Heizgeräte mit verbilligtem Strom — nachts und auch am Tage. Die Wärme wird im Kern der Geräte gespeichert und nach Bedarf, für jede gewünschte Raumtemperatur entnommen.

Elektro-Speicher-Heizung

HESSISCHE ELEKTRIZITÄTS-AG



Der heilige Wissenschaftsrat

„Kultusministerkonferenz mit anderer Geschäftsordnung“
Staatsbürokratie und Industrie machen Hochschulreform

Bei der 1. Lesung der hessischen Hochschulgesetze (HHG II und HUG) hielt Kultusminister Schütte eine feingeistige Einbringungsrede, in der er immer wieder Bezug auf die Empfehlungen des Wissenschaftsrats nahm. Was der Wissenschaftsrat macht, ist das Beste vom Besten, so muß man annehmen; er ist ein honoriges Gremium, das sich in uneigennütziger Weise wertvolle Gedanken zur Hochschulreform macht — in Schüttes Diktion:

„... Man hört seit einiger Zeit nicht selten einen Lobpreis des Hessischen Hochschulgesetzes vom 16. 5. 1966, — es reiche aus, alle notwendigen Reformen ins Werk zu setzen. Aber diese an sich richtigen Einsichten kommen zu spät. Längst stehen andere Regelungen zur Diskussion und Entscheidungen, besonders die, die aus dem innersten Kreis repräsentativer Professoren stammen, — ich nenne vorweg die Empfehlungen der wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrates, wie sie vom Plenum des Wissenschaftsrates angenommen wurden.“

Das zergeht einem förmlich auf der Zunge: Zwar an sich richtige Einsichten, aber da gibt es einen innersten Kreis repräsentativer Professoren, und schon ist das HUG begründet. Kein Wunder, alle Kultusminister, also auch Honorarprofessor Schütte, gehören dem wundersamen Kreis an.

Im Jahr 1957 wurde zwischen Bund und Ländern ein Verwaltungsabkommen zur Errichtung des Wissenschaftsrates unterzeichnet. Der Wissenschaftsrat erstellt Koordinierungspläne zur Finanzierung des Wissenschafts- und Forschungsbetriebes und zur Struktur der Wissen-

schaftsinstitutionen. Bund und Länder müssen die Vorschläge bei der Aufstellung ihrer Haushaltspläne berücksichtigen. Somit ist sichergestellt, daß auch brav das gemacht wird, was sich der Wissenschaftsrat vorstellt. Abweichungen haben keine Chance der Realisierung. Die TH Darmstadt hat es zu spüren bekommen: Der Aufnahmestop ist ja nicht von ungefähr nötig geworden, es fehlt eine Menge Geld. Von Interesse ist die Zusammensetzung des einflußreichen Gremiums. Dem Wissenschaftsrat gehören an:

- 6 Vertreter der Bundesregierung (mit zusammen 11 Stimmen);
- aus jedem der 11 Bundesländer je ein Vertreter;
- 16 Vertreter der Hochschulen und Forschungseinrichtungen;
- 6 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens.

Die Vertreter des Bundes waren bisher Staatssekretäre oder, in Vertretung, hohe Ministerialbeamte. Die Länder schicken ausnahmslos ihre Kultusminister, die im Wissenschaftsrat die Kultusministerkonferenz fortsetzen können, mit anderer Geschäftsordnung allerdings: die KMK kann Empfehlungen und Richtlinien nur ohne Gegenstimme beschließen.

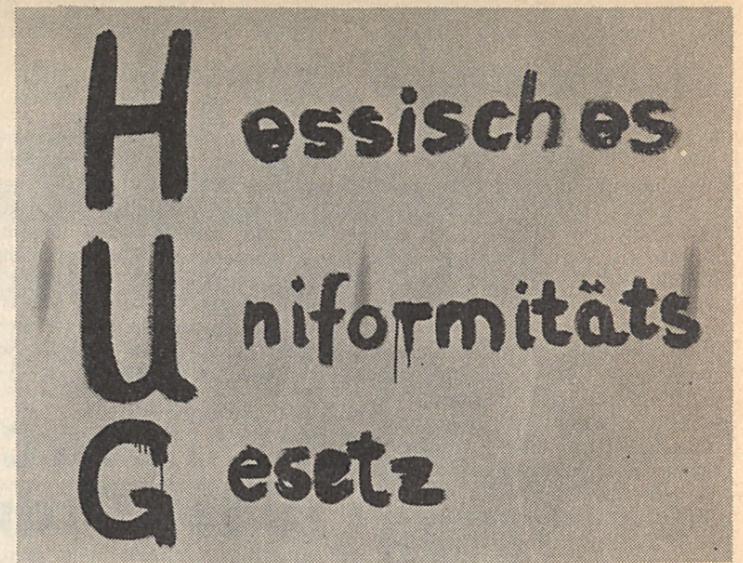
Die 16 Professoren werden von der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Max-Planck-Gesellschaft und der Westdeutschen Rektorenkonferenz nominiert. Es ist kein Zufall, daß die drei Präsidenten dieser Institutionen kürzlich den Untergang der deutschen Wissenschaft voraus sagten, weil den Assistenten und Studenten jetzt ein wenig Mitbestimmung eingeräumt werden soll — bekanntlich belegte einer von ihnen

diese Prognose mit dem verlogenen Brief des Darmstädter Ordinarius Hafner, der genau wußte, wo er Studenten und Assistenten erfolgversprechend anschwärzen konnte. Die einzelnen Hochschulen, die von den Empfehlungen des Wissenschaftsrates weitreichend betroffen sind, haben selbstverständlich keinen Einfluß auf die Auswahl der Professorengruppe.

Die „öffentlichen Lebemänner“ sind die robusten Spitzenbosse der Elektro-, Maschinenbau- und Chemiebranche, denen an einer kritischen Wissenschaft nicht viel liegen kann. Die Verfilzung der Staatsbürokratie und der Industrie ist im Wissenschaftsrat auf das Glücklichsste gelungen. Und dieses Gremium macht Vorschläge zur Umstrukturierung der Hochschulen, Kapazitätsberechnungen und Vorschläge zur Neugestaltung des Studiums.

Das alles wird prompt von den Kultusbehörden übernommen, als wäre es der Weisheit letzter Schluß. Kurzstudium, Herausprüferei, kein Geld für die TH Darmstadt, HUG: Man braucht sich nur die Zusammensetzung des Wissenschaftsrates anzuschauen, um es zu verstehen. Aber bei Schütte ist es „der innerste Kreis repräsentativer Professoren“, und er meint es nicht in der feinen Ironie des humanistischen Bildungsbürgers.

Das HUG ist keine Ironie, sondern bitterster Ernst. Es ist nur Galgenhumor, wenn im kleinen Senat und in den Fakultäten geflaxt wird, der Wissenschaftsrat müsse endlich heilig gesprochen werden. Eine solche Ehrung erfährt in der Regel nur, dessen Ableben bereits erfolgt ist. Der Wissenschaftsrat ist noch ziemlich rüstig.



SCHLITZOHRRIGKEITEN

Kein Ende im Fall Hafner

Nachdem sich die Fakultät Chemie geweigert hatte, zu einem die Assistenten und Studenten sowie die THD verleumdenden Brief des Chemie-Ordinarius Hafner angemessen Stellung zu nehmen, nahm sich der Senat am 12. Mai der Angelegenheit an. Er verfaßte eine längere Richtigstellung und bat Hafner, sie den Adressaten seines Briefes umgehend zuzustellen. Die Richtigstellung sollte außerdem der Presse übergeben werden. Unter dieser Voraussetzung verzichteten die Senats-Professoren auf weitere Maßnahmen gegen Hafner selbst.

Am 17. Mai schrieb Hafner an die „sehr geehrten Herren Kollegen“ — Empfänger sind laut Hafner Chemieprofessoren und die Repräsentanten der Chemischen Industrie — einen zweiten Brief, der aus der langen Latte von Unwahrheiten im ersten Brief nur einen einzigen Punkt verklausuliert korrigierte, dafür aber eine ganze Reihe weiterer Halbwahrheiten und Unwahrheiten enthielt. Das ging soweit, daß Hafner von sich aus am 21. Mai einen dritten Brief (Besetzung des Kleinen Senats) nachschob, in dem er eine der Falschdarstellungen des

zweiten zurücknahm, trotz der Kürze aber wieder eine Unkorrektheit unterbrachte. Hafner hat darin inzwischen einige Routine.

Tatsächlich hatte das alte Direktorium (Brader, Schultz und Rohmert) ganz vergessen, die Senatsrichtigstellung Hafner und der Presse zuzustellen. Das neue Direktorium, auf den „Fehler mit System“ des alten hingewiesen, bat Hafner am 27. Mai, endlich die Senatsrichtigstellung zu verschicken. Hafner gab vor, sie nicht zu kennen (was nicht stimmte), und lehnte das außerdem ab. Dafür bot er Rektor Guther den Verteiler seiner Briefe an, allerdings nur streng vertraulich. Guther mußte das ablehnen.

Vielleicht ist die Richtigstellung inzwischen verschickt, aber wer kann Hafner noch glauben, daß sie alle Empfänger des ersten Briefes erhalten haben? Die Dummen bleiben die verleumdeten Assistenten und Studenten sowieso, da helfen auch echte Richtigstellungen nicht mehr. Wenn es gut geht, geht Hafner — hoffentlich bald. Die Fakultät Chemie ist auch ohne Herrn Hafner schon schlimm genug.

Arbeitsgruppe Hafner

Die Arbeitsgruppe „Von Hafner zur Institutssatzung“ fand naturgemäß viel Interesse.

Die Basisgruppe Chemie erläuterte am ersten Tag ihr Modell, worüber anschließend diskutiert wurde. Im Institut und im Lehrstuhl fallen die Entscheidungen, die den Studenten an seinem Arbeitsplatz direkt betreffen. Hier herrschen die Ordinarien so uneingeschränkt wie eh und je, praktisch nur durch Beamtenrecht und Hochschulsatzung gebunden. Auch hier paritätische Gremien zu schaffen, ist daher das wichtigste Nahziel der Studenten. Das Modell der Basisgruppe stützt sich auf die Satzung des Otto-Suhr-Institutes in Berlin. Drei Organe soll es künftig im Institut geben: Institutsvollversammlung, Institutsrat und Institutsleitung. Offen blieb dabei, ob man die Vollversammlung nicht durch Gruppenvollversammlungen von Professoren, Assistenten und Studenten ersetzen und ob die Leitung ein paritätischer Rat oder nur ein Institutsdirektor sein soll. Einig war man sich über das entscheidende Kontrollgremium: den paritätisch besetzten Institutsrat, bei dem alle wichtigen Entscheidungen über Lehrpläne, Berufungskommissionen oder Haushaltsplan liegen.

Die Vollversammlung soll die Satzung beschließen bzw. die Gruppen-

vollversammlungen die Mitglieder des Rates wählen. Die Exekutivaufgaben fallen der Leitung zu. Der zweite Tag zeigte die Grenzen eines solchen Modells, die von den konkreten politischen Möglichkeiten gesetzt werden.

Das beginnt mit der Frage nach den Haushaltsmitteln, setzt sich fort mit der Verknüpfung des Instituts mit der Industrie und endet schließlich beim niedrigen Bewußtseinsstand seiner Mitglieder. Es wurde vermutet, daß ein gerechtes demokratisches Modell erst in einer veränderten Gesellschaftsordnung möglich sein werde.

Am dritten Tag wurde der Einfluß der Studenten auf die Forschung im Institut diskutiert. Man war sich allgemein einig, daß dieser Einfluß größer werden muß. Konkrete Vorstellungen konnten nicht erarbeitet werden, weil die besser informierte Gruppe der Assistenten und Doktoranden nicht bereit war, an einem Satzungsmodell mitzuarbeiten. Hier zeigte sich die größte Gefahr einer Institutssatzung: Einige Studenten waren allzu bereit, sie den gegenwärtigen Verhältnissen anzupassen. Damit droht die Institutsreform rein formal zu bleiben und die Ordinarienherrschaft zu zementieren.

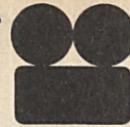


Mittwochprogramm

- 11. 6. 69 KING AND COUNTRY
Großbritannien; Regie: Joseph Losey
- 18. 6. 69 CHIKAGO
USA; Regie: Michael Curtiz
- 25. 6. 69 SONDERVERANSTALTUNG
zum Hochschulfest
- 2. 7. 69 EIN LIEBESFALL
Jugoslawien; Regie: Dusan Makavejev
- 9. 7. 69 MAMMA ROMA
Italien; Regie: Paolo Pasolini
- 16. 7. 69 KILLING USA; Regie: Stanley Kubrick

Die Veranstaltungen finden mittwochs um 16.00, 18.30 und 21.00 Uhr im Wilhelm-Köhler-Saal im Hauptgebäude der Technischen Hochschule statt.

darmstädter
studenten-
filmtage



14. - 17. Juni 1969

Veranstaltet vom
Studentischen Filmkreis
der TH Darmstadt

Telefon: (0 61 51) 16 33 39

Darmstädter Gegenrelegation

Beschluß des Senates vom 2. Juni

An anderen Hochschulen, so in Berlin, Marburg und Frankfurt, läuft die Relegationswelle gegen engagierte Studenten, erst richtig an. Hier an der TH ist man über dieses Stadium der Ordinarien-Rache inzwischen hinaus. Der Senat und der Große Senat haben das studentische Ordnungsrecht strikt abgelehnt. Und auf seiner Sitzung am 2. Juni beschloß der Senat konsequent, daß die an anderen Hochschulen relegierten Studenten sich in Darmstadt immatrikulieren können. Die Frankfurter Rundschau fand es so bemerkenswert, daß sie darüber auf der 1. Seite berichtete: „Zuflucht für relegierte Studenten“.

Nach anfänglichen Verständnisschwierigkeiten bei einigen Professoren — die Studentenvertreter hatten eine längere Beschlüßvorlage

im linken Jargon eingebracht — wurde der folgende Beschluß mit 19 Stimmen bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung angenommen: „Relegationen von einer Hochschule aus hochschulpolitischen Gründen stellen bei der Immatrikulation an der Technischen Hochschule Darmstadt keinen Hinderungsgrund dar.“

Außerdem entspricht es den Vorstellungen des Senats und des Großen Senats, daß an die Stelle des studentischen Disziplinarrechts und an die Stelle des im HUG-Entwurf vorgesehenen studentischen Ordnungsrechts von der Hochschule selbst gesetzte allgemeine Ordnungsvorschriften treten sollen.“

Die Gegenstimme kam übrigens vom ET-Studentenvertreter Seidel, der trotz für einen ausführlicheren

Beschluß focht. Übereinstimmung herrschte im Senat darüber, den relegierten Studenten die Eingliederung ins Studium weitgehend zu erleichtern (Anerkennung von Vorleistungen, Aufnahme auch während des laufenden Semesters).

Die Zahl der zur THD „flüchtenden“ Studenten wird klein sein. Wichtiger ist die Absichtserklärung der Senate, statt eines speziellen studentischen Ordnungsrechts eine für alle Hochschulangehörigen gültige Hausordnung zu schaffen, die keine Sanktionen vorsieht, die über die des Strafrechts noch hinausgehen; die Doppelbestrafung wird abgelehnt. Und daß in Darmstadt in Zukunft Studenten hinausgeworfen werden, weil sie für Reformen kämpfen, ist nach dem jetzigen Stand unwahrscheinlich.

UNION-TANKDIENST

sucht in den Semesterferien 2 Studenten als Arbeiter

sehr gute Bezahlung

täglich von 8.00 — 9.00 Uhr zu erfragen bei

LAUFER, HOFMANN & Co., Gernsheim, Telefon 06258/313